K2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

2. Stadt der Möglichkeiten

2.1. Unsere Großprojekte sind die Kleinen

Familie – Betreuung/Kita – Vereinbarkeit – Sport

Die Kleinsten liegen uns besonders am Herzen. Wir wollen den Kindern Berlins eine Welt voller Möglichkeiten eröffnen. Das gelingt aber nur, wenn wir die Situation von Familien insgesamt betrachten. Für uns ist Familie da, wo Menschen dauerhaft und über Generationen hinweg füreinander Verantwortung übernehmen.

Es gibt unzählige Angebote und Hilfen, auf die Familien zurückgreifen können. Leider verhindert der Behördendschungel, dass sie auch in Anspruch genommen werden. Gerade Familien leiden unter dem schlechten Service und der kaputtgesparten sozialen Infrastruktur. Wir wollen das ändern. Durch mehr qualifiziertes Personal in den Jugendämtern und ein einfaches Lotsensystem. In den Jugendämtern der Bezirke wollen wir „Familien-Service-Büros“ etablieren. Ob Elterngeld, Kita-Gutschein, Berlin-Pass oder Förderangebote – unser Ziel für die Familien-Service-Büros heißt: Viele Fragen, eine Stelle, alle Antworten! Häufig ist es der Austausch mit anderen jungen Familien, der weiterhilft. Darum wollen wir ein Netzwerk von Familienzentren schaffen, die Familien verbinden und beraten. Wir wollen auch das Regenbogenfamilienzentrum erhalten und das Netzwerk Kinderschutz finanziell stärken.

Kitas und Kindertagespflege können Kindern Chancen eröffnen, wenn wir sie als Lern- und Bildungsorte verstehen. Höchste Priorität hat für uns die Qualität der Betreuung. Wir unterstützen deshalb die Forderungen der Eltern im Berliner Kitabündnis nach einem besseren Betreuungsschlüssel, damit eine Fachkraft nicht mehr als vier Kinder betreuen muss. Und wir streiten für eine bessere Entlohnung der Erzieher*innen. Gleichzeitig braucht Berlin in den nächsten Jahren mehr als 20.000 zusätzliche Kita-Plätze, um den gesetzlichen Rechtsanspruch zu erfüllen. Diesen Kraftakt wollen wir mit Landes- und Bundesmitteln schaffen. Uns ist wichtig, dass auch für Flüchtlingskinder ausreichend Plätze geschaffen werden, damit Integration frühzeitig gelingen kann.

Einige Familien brauchen flexible Betreuung über die Kita-Öffnungszeiten hinaus, seien es Alleinerziehende oder Eltern im Schichtdienst. Wir wollen daher die ergänzende Kindertagespflege ausbauen und einen Bring- und Abholservice einrichten. Über ein Gutscheinsystem sollen alle Familien davon profitieren, unabhängig vom Geldbeutel. Chancen eröffnet man Kindern, indem man ihnen etwas zutraut. Wir wollen, dass die Stimmen von Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft gehört werden. Darum wollen wir die Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken finanziell besser ausstatten.

Auch beim Sport lernen Kinder Selbstvertrauen und Teamgeist. Die Förderung des Vereins- und des Breitensports ist für uns ein wichtiges Instrument, um Kindern und Jugendlichen Chancen im Leben zu eröffnen. Sport braucht Platz! Dafür werden wir sorgen.

2.2. Schule fürs Leben

Schule – Jugend

Wir verstehen Schulen als Lern- und Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern. Schule bereitet Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben vor und

hilft ihnen, ihre Potenziale zu entfalten. Alle Kinder können und wollen lernen. Chancengleichheit entsteht, wenn Lernen mit Zutrauen und einem lernfreundlichen Klima verbunden ist.

Für all das müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern. Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel, marode Schulen, immer mehr Schüler*innen – seit Jahren sind die Baustellen bekannt. Der Senat schiebt die Probleme auf die lange Bank. Wir packen sie an. Schulen sollten Orte sein, wo Eltern ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Doch viele Schulen sind in einem miserablen baulichen Zustand. Den Schulneubau hat die Große Koalition fatal vernachlässigt. Wir wollen die Schulsanierung auf neue Füße stellen, indem wir dauerhafte Investitionen sicherstellen und Mittel bündeln. Außerdem wollen wir ein Programm für den Neubau von Schulen auflegen.

Schule braucht ausreichend Platz. Das ist auch eine der Voraussetzungen auf dem Weg zur Ganztagsschule. In jeder Schule, egal ob Grundschule, Sekundarschule oder Gymnasium, soll es ein warmes Mittagessen mit gesunden Lebensmitteln aus der Region geben und am Nachmittag Musik, Sport oder soziales Engagement. Dazu werden wir Jugendarbeit und schulische Aktivitäten eng verzahnen. Unser Ziel ist eine Schule, in der Kinder individuell gefördert werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die entscheidenden Weichen gestellt. Deshalb wollen wir Grundschullehrkräfte besser bezahlen.

Längeres gemeinsames Lernen sorgt für mehr Gerechtigkeit und kann die Zahl der Schulabbrecher*innen verringern. Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammen zu legen, war daher richtig. Aber wenn die Sekundarschule neben dem Gymnasium nicht zu einer Schule zweiter Klasse werden soll, müssen wir allen Sekundarschulen den Weg zum Abitur ebnen – mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder in Schulverbünden. Die Gymnasien wollen wir in die Lage versetzen, zukünftig alle Schüler*innen zu einem Abschluss zu bringen, um das Probejahr und Sitzenbleiben abzuschaffen. Wir halten an unserem Ideal fest, eine Schule für Alle zu schaffen. Die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen in Berlin zeigen, wie man diesen Weg gemeinsam mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern gehen kann. Damit ist auch klar, dass die Schule der Zukunft die inklusive Schule ist, in der alle Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren physischen und psychischen Voraussetzungen gemeinsam lernen. Das geht nur mit genügend Geld und qualifiziertem Personal.

Freie Schulen fördern die Vielfalt, sie sind oft Impulsgeber für neue Wege im Schulalltag. Sie sind für uns ein wichtiger Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, wie es etwa die Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Mitte vormacht. Freie Schulen brauchen Planungssicherheit. Gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft, die eine ausgewogene soziale Mischung nachweisen und auf Schulgeld verzichten, stellen wir eine bessere finanzielle Förderung in Aussicht. Wir wollen Kindern mit Migrationshintergrund den Weg an die Bildungsspitze öffnen und mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. Willkommensklassen für geflüchtete Kinder dürfen nur eine erste Ankommensstation vor dem Wechsel in die Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung darf an Berlins Schulen kein Platz sein.

2.3. Wissen ist mehr wert

Übergang Schule-Beruf – Ausbildung/Weiterbildung – Hochschule/Wissenschaft – Forschung

Jede*r Berliner*in hat einen ganz eigenen Lebensweg. Darum wollen wir die Bildungswege so flexibel machen, dass sich in jeder Lebenslage neue Bildungschancen und Möglichkeiten auftun. Berlin braucht ein transparentes System, in dem Abschlüsse leichter anerkannt und Perspektiven flexibel aufgezeigt werden. Wir wollen mit Universitäten, Hochschulen,

Oberstufenzentren und Kammern daran arbeiten, diese Übergänge zu glätten, um Bildungsbiografien ganz individuell anzuerkennen und zu ermöglichen.

Die Möglichkeiten, die eine Berufsausbildung bietet, sind vielfältig. Leider kommen Schulabgänger*innen und Ausbildungsplätze viel zu selten zusammen. Stellen bleiben unbesetzt und Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz. Neue Chancen bietet eine bessere Kooperation aller Beteiligten: Jobcenter, Jugendhilfe oder berufliche Schulen. In einigen Bezirken haben wir gute Erfahrungen mit Jugendberufsagenturen gemacht, die alle wichtigen Stellen zusammenbringen. Der nächste Schritt sind Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Ziel der Vernetzung ist die „Berliner Ausbildungsgarantie". Es gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss. Die Übergänge von der Berufsschule zur Hochschule werden einfacher. Es soll nicht länger um ein „Entweder oder" gehen, sondern um das „Sowohl als auch".

Berlin ist die deutsche Hauptstadt der Wissenschaft und die forschungsstärkste Region in Deutschland. Die vielfältige Hochschullandschaft werden wir weiter stärken. Angesichts der steigenden Zahl junger Menschen, die nach Berlin kommen, wollen wir die Zahl der ausfinanzierten Studienplätze erhöhen. Dazu gehört auch eine bessere Ausstattung der Studierendenwerke. Die Möglichkeit zum Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Studiengebühren oder Studienkonten lehnen wir deshalb grundsätzlich ab. Wir brauchen jeden Kopf: 160.000 Studierende sind für uns eine 160.000-fache Investitionen in die Zukunft der Stadt, gerade wenn wir es schaffen, die Absolvent*innen mit guten Jobangeboten in Berlin zu halten.

Die Anforderungen an Universitäten und Hochschulen wachsen damit weiter. Entsprechend muss sich ihre Finanzierung verbessern. Das wollen wir schon beim Abschluss der nächsten Hochschulverträge angehen. Außerdem muss der enorme Investitionsstau bei den Gebäuden aufgelöst werden.

Gute Lehre und gute Forschung an den Berliner Hochschulen und Universitäten ist nur möglich, wenn wir auch für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht eine langfristige berufliche Perspektive mit angemessener Bezahlung, sicheren Arbeitsverhältnissen und klaren Zukunftsaussichten. Dazu werden wir mehr unbefristete Stellen im Mittelbau schaffen.

Um selbst gute Forschungsergebnisse zu erzielen, sind Wissenschaftler*innen darauf angewiesen, Zugang zu den Ergebnissen anderer zu erhalten. Offener Austausch schafft neue Möglichkeiten. Darum wollen wir alle Ergebnisse aus öffentlich geförderten Forschungsprojekten auch öffentlich zugänglich machen („Open Access"). Wir setzen uns weiter für Zivilklauseln und gegen öffentlich geförderte militärische Forschung ein.

2.4. Anders Wirtschaften und gute Arbeit

Wirtschaft/Innovation – solidarische Ökonomie – Arbeitsmarkt/Beschäftigung

Exzellente Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die besten Investitionen in die Zukunft Berlins und Voraussetzung für die Wirtschaftskraft unserer Stadt. Berlin hat so viele gut ausgebildete, kreative Menschen; sie alle machen die Stadt zu einem Motor für Innovationen und zum Labor der Zukunft. Das wollen wir durch eine Politik des Weitblicks fördern, die insbesondere grüne Technologien, einen klimafreundlichen Energiemix, nachhaltige Ressourcennutzung und innovative Mobilitätskonzepte voranbringt. Dabei wollen wir das Potenzial etablierter Unternehmen ebenso nutzen wie die Innovationskraft von Startups, Forschung und Wissenschaft. So wird Berlin zu einer Metropole, die nachhaltig wirtschaftet und grün wächst.

Berlin ist die Hauptstadt der Gründer*innen. Sie bringen frische Impulse in die Unternehmenslandschaft. Neben persönlichen Erfolgen, geht es den meisten auch darum, die Gesellschaft zu verändern. Wir wollen diesen neuen Gründungsgeist unterstützen und Menschen ermutigen, sich selbstständig zu machen oder ein eigenes Unternehmen aufzubauen. Wir werden daher Förderprogramme so ausgestalten, dass innovative Unternehmensgründungen gezielt unterstützt werden, auch im Sinne einer „Kultur des Scheiterns". In der Verbindung von Klima- und Wirtschaftspolitik liegt Berlins große Chance: in einer konsequente Energiewende, neuen Mobilitätskonzepten und einer Abfallwirtschaft, die zur Kreislaufwirtschaft wird. Der grüne Weg führt hin zum „Teilen und Wiederverwenden" und weg vom „Nutzen und Wegwerfen". Genau wie bei den erneuerbaren Energien bringt Recycling der Stadt ein enormes Potenzial an Rohstoffen, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Wir werden die ökologische Modernisierung mit Investitionen in die Energiewende, in Infrastruktur sowie in neue Technologien unterstützen. Nicht nur für die wachsende Internetwirtschaft Berlins ist ein offenes und freies Internet wichtig. Der vollständige Glasfaserausbau ist überfällig: für die „Industrie 4.0", vernetzte Mobilität, digitale Bildung und eine gleichberechtigte digitale Teilhabe. Den Mittelstand werden wir beim Umgang mit dem digitalen Wandel unterstützen.

Die Gemeinwohlökonomie, die nicht auf Bilanzgewinne sondern auf nachhaltige Wertschöpfung baut, ist bereits heute ein wichtiger Bestandteil der Berliner Wirtschaft – mit Luft nach oben. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Förderung von Genossenschaften zu. Gerade für ihre Expansion fehlen aber häufig die passenden Finanzierungsmodelle. Wir wollen die Erfahrungen gemeinwohlorientierter Banken nutzen und diese Lücke schließen. Ein weiteres Pfund, mit dem Berlin wuchern kann sind die vielen Betriebe, die Berliner*innen mit Migrationshintergrund führen. Sie machen mittlerweile rund 20 Prozent aller Unternehmen dieser Stadt aus. Ihnen den Zugang zu den bestehenden Fördermöglichkeiten zu erleichtern, ist uns wichtig. Gerade für kleinere Unternehmen und Neugründungen werden knappe Gewerberäume und steigende Mieten zum existenziellen Problem. Dem wollen wir mit Maßnahmen gegen spekulativen Leerstand, der Einführung eines Gewerbemietspiegels und einer Mietpreisbremse entgegenwirken. Zur Offenheit und wirtschaftlichen Vielfalt Berlins gehört für uns auch die Späti-Kultur – und das auch sonntags.

Der Berliner Arbeitsmarkt wird auch von Unsicherheit und drohender Prekarisierung geprägt. Viele Berliner*innen, gerade Frauen, haben den Makel Minijob im Lebenslauf, der verhindert, dass sie zurück in reguläre Arbeit kommen. Diese Rückkehr wollen wir gezielt fördern. In den Jobcentern wollen wir die gesetzlichen Ermessenspielräume zu Gunsten der Betroffenen auslegen. Sanktionieren und Gängeln löst keine Probleme. Unser Ziel ist eine Arbeitsmarktpolitik, die motiviert und Perspektiven eröffnet. Gleichzeitig wollen wir für alle, die vorerst kaum Chancen auf Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, neue Möglichkeiten durch einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Die öffentliche Hand werden wir zum Vorbild für gute Arbeit machen – „prekär im öffentlichen Auftrag" darf es nicht mehr geben. Von der Grünpflege bis zur Musikschule gilt: Wer aus öffentlichen Mittel finanziert wird, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung.

Mit den Gewerkschaften, Kammern und Wirtschaftsverbänden werden wir den intensiven Austausch fortsetzen. Die Attraktivität der Berufe und Ausbildungsplätze im Handwerk wollen wir erhalten und damit das Handwerk stärken. Die gemeinsam mit Brandenburg aufgebauten Wirtschaftscluster, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Mobilität, wollen wir ausbauen und die Berliner Wirtschaft weiter mit dem Umland vernetzen. Berlin kann in den folgenden Jahren zur Pionierin neuen Wirtschaftens und guter Arbeit werden und so „Made in Berlin" weltweit zum Markenzeichen ausbauen. Dafür stehen die Innovationszentren der Stadt: Der Clean Tech Park in Marzahn Hellersdorf, die Innovationsschmiede Adlershof oder der geplante Zukunftspark Tegel

2.5. Selbstbestimmt! Im Alter und in allen Lebenslagen

Demografischer Wandel – Pflege – Menschen mit Behinderung

Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt ihre Möglichkeiten nutzen können und ihre Potenziale voll zur Geltung kommen. Das gilt gerade für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung. Es geht um Teilhabe, von der letztlich alle etwas haben.

Wir wollen die Chancen des demographischen Wandels nutzen. Um die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern, stärken wir Orte der Begegnung wie die Stadtteilzentren und achten bei der Stadtplanung darauf, dass generationenübergreifendes und barrierefreies Wohnen sich stärker durchsetzen. Gerade gute Pflege wird in einer alternden Gesellschaft immer zentraler. Uns ist wichtig, dass ältere Menschen weiterhin ein selbstbestimmtes Leben führen können. Gleichzeitig wollen wir Angehörige unterstützen und entlasten. Wir werden die verschiedensten Möglichkeiten erweitern, die sich im Pflegefall bieten: Um die Pflege zu Hause einfacher zu machen, wollen wir Mobilitätshilfedienste ausbauen. Viele ältere Menschen setzen heute auf Pflege-WGs, bislang mangelt es jedoch an Qualitätsstandards und Kontrollen. Das wollen wir ändern und Transparenz für die älteren Menschen und ihre Angehörigen schaffen. Für gute Qualität auch in den klassischen Pflegeheimen brauchen wir vor allem mehr und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren und das Schulgeld abschaffen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund stark ansteigt. Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin verhindern.

Menschen mit Behinderung dürfen nicht länger ihrer Chancen und Möglichkeiten im Leben beraubt werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist unsere Richtschnur, leider wird sie in Berlin kaum umgesetzt. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können, beispielsweise, dass nicht nur acht, sondern alle 34 Schwimmbäder das Siegel „Berlin barrierefrei“ erhalten. Wir wollen einen Umbauplan für Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Verkehr. Menschen mit Behinderung müssen auch bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Den öffentlichen Dienst wollen wir hier zum Vorbild machen. Unser Leitgedanke: Inklusion in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.